

2009-04-24

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sondersitzung des Haupt- und Personalausschusses am 18.02.2009

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:00 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal des Rathauses Dessau

**Es fehlten:**

**Fraktion der CDU**

Kolze, Jens

**Verwaltung**

Raschpichler, Gerd Dr.

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

#### 1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Herr Koschig** begrüßte die Mitglieder und Gäste beider Ausschüsse und stellte für den Haupt- und Personalausschuss die ordnungs- und fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit mit 8 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

**Herr Bönecke** begrüßte ebenfalls die Mitglieder und Gäste beider Ausschüsse und stellte für den Finanzausschuss die ordnungs- und fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit mit 6 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

#### 2. **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Auf Anfrage von **Herrn Koschig** wurden durch den Haupt- und Personalausschuss keine Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche zur vorliegenden Tagesordnung vorgebracht. Der Tagesordnung wurde einstimmig (8:0:0) zugestimmt.

Seitens des Finanzausschusses gab es auf Anfrage von **Herrn Bönecke** ebenfalls keine Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche.

#### 3. **Öffentliche Anfragen und Informationen**

Herr Koschig erteilte **Frau Nußbeck** das Wort. Diese nahm Bezug auf die gemeinsame Sitzung am 11.02.2009 und den durch **Herrn Dr. Schmidt** und **Herrn Giese-Rehm** geäußerten Wunsch, die heutige Tagesordnung um die Wirtschaftspläne der Beteiligten Industriefafen Roßlau GmbH und DVV Flugplatz GmbH zur Beantwortung anstehender Anfragen zu ergänzen. Aus diesem Grund, so **Frau Nußbeck**, wurden die Geschäftsführer der genannten Beteiligungen zur heutigen Sitzung geladen.

Das Wort wurde **Herrn Mörer**, Geschäftsführer der Industriefafen Roßlau GmbH, zur Beantwortung der Anfrage bezüglich der im Wirtschaftsplan dargestellten positiven Prognosen gegenüber dem Gesamtergebnis 2008 erteilt.

**Herr Mörer** stellte sich vor und erklärte, dass die Industriefafen Roßlau GmbH von der drohenden Rezession nicht in dem Maße betroffen sei, wie befürchtet werde. Dies hänge ursächlich mit den Geschäftsfeldern, in denen sich der Industriefafen bewege, zusammen. Diese seien vorwiegend durch landwirtschaftliche Güter, Güter der Bauwirtschaft und Maschinen- und Anlagenbau geprägt. Gerade im Maschinen und Anlagenbau, so Herr Mörer, seien die Kunden zum Großteil in der Windkraft tätig, d. h. hier liegen gut gefüllte Auftragsbücher zugrunde. Bezüglich des Handels von landwirtschaftlichen Gütern hänge die Entwicklung ausschließlich vom Wasserstand ab. Insofern seien die hierzu abgegebenen Prognosen tatsächlich wasserstandsabhängig. Was den Transport von Schrott anbelange, so sei dieser Markt zusammengebrochen. Jedoch waren die Umsätze in dieser Sparte eher unbedeutend und das Wegbrechen habe nur geringen Einfluss auf das Gesamtergebnis.

**Herr Giese-Rehm** merkte an, dass im vergangenen Jahr die Tilgung des Gesellschafterdarlehens ausgesetzt wurde und dies vor dem Hintergrund der abgegebenen positiven Prognose zum Nachdenken anregte. Des Weiteren bezog er sich auf ihm vorliegende Informationen, dass das wesentliche Geschäft des Industriefafens Roßlau derzeit der Güterumschlag und zwar nicht auf dem Wasserweg sei, so dass die genannte Wasserstandsabhängigkeit nur einen bedingten Einfluss habe.

**Herr Mörer** verneinte dies und erklärte, dass es sich hier um eine Wechselwirkung handele. Der Industriefafen Roßlau habe zwei grundlegende Geschäftsbereiche, die für die Erträge sorgen. Dies seien zum einen die Vermietung und zum anderen die Eisenbahn und das Binnenschiff. Wenn das Binnenschiff aufgrund des Wasserstandes nicht funktioniere, könne man keine Güter zuführen und es fallen die Rangier- und Infrastrukturleistungen sowie der Binnenumschlag aus.

Weitere Anfragen zum Industriefafen Roßlau wurden nicht vorgebracht.

**Herr Koschig** begrüßte zur Thematik Flugplatz GmbH die Leiterin Controlling, **Frau Reise**, und **Herrn Hennig**, Flugplatzleiter. **Frau Nußbeck** erläuterte nochmals die Anfrage aus der Sitzung des Ausschusses am 11.02.2009, die sich auf die Investitionsplanungen der Flugplatz GmbH vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung bezog.

**Frau Reise** erläuterte unter Bezugnahme auf die besagten Investitionen, dass es sich hierbei zum einen um die Grundüberholung des Triebwerks der Cesna und zum anderen um die Sanierung der Zufahrtsstraße zur Landebahn handele. Bei der Cesna gebe es eine aktuelle Entwicklung dahingehend, dass eine Überholung nach 1.500 Flugstunden

den vorgeschrieben sei, diese aber in 2009 nicht erreicht werden. So verschiebe sich diese Investition in das Jahr 2010. Zur Haushaltskonsolidierung der Stadt werde man trotz dieser Investitionen die vorgegebenen Einsparungen erbringen, **so Frau Reise**.

**Herr Giese-Rehm** erfragte, wie sich die Investitionskosten auf diese beiden Maßnahmen verteilen. **Frau Reise** erklärte, dass für die Überholung des Triebwerks der Cesna 30.000,00 EUR und für die Sanierung der Zufahrtsstraße 40.000,00 EUR geplant seien.

**Frau Nußbeck** nahm Bezug auf die zurückliegende Haushaltsdiskussion und die Aussage des Herrn Tobler, dass sich das Fluggeschäft in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen darstelle, ohne Gewinne zu erwirtschaften. Diesbezüglich hinterfragte sie die Rentabilität der geplanten Maßnahme. **Frau Reise** bestätigte die Aussagen von Herrn Tobler, die Kostendeckung des Fluggeschäftes betreffend, und ergänzte, dies beinhalte auch die Kosten für die geplante Überholungsmaßnahme.

**Herr Schönemann** erklärte, dass durch die Fraktionen Die Linke.Dessau-Roßlau, Bürgerliste/Die Grünen und Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit und Zukunftsfähigkeit des Flugplatzes eine Beschlussvorlage erarbeitet werde. Diesbezüglich werde es eine Potentialanalyse geben, die derartige Fragen beantworten werde. Es wurden bereits verschiedene Maßnahmen auf den Weg gebracht, um beispielsweise die Bewirtschaftung des Flugplatzes effizienter zu betreiben. Sinn und Ziel all dieser Betrachtungen und Aktivitäten sei, dass der Flugplatz für die Stadt von elementarer Bedeutung sei und man diesen unbedingt erhalten sollte.

Weitere Anfragen zur Flugplatz GmbH wurden nicht vorgebracht.

**Frau Ehlert** erklärte, sie habe der Presse entnommen, dass der Vertrag mit dem Anhaltischen Theater Dessau nun doch unterzeichnet wurde. Sie habe an dieser Stelle eine diesbezügliche Information seitens der Verwaltungsspitze erwartet, zumal die zurückliegende Diskussion von falschen Schuldzuweisungen überschattet war. Sie brachte erneut ihr Befremden über diesen Umgang miteinander zum Ausdruck und machte abschließend deutlich, dass diese Schuldzuweisungen jeglicher Grundlage entbehren.

**Frau Nußbeck** bezog sich auf die Übergabe von Beantwortungen noch offener Anfragen aus den zurückliegenden Sitzungen bezüglich

- Einzelplan 7, HHSt. 79000.40000 - Stadtinformation  
Begründung für den Aufwuchs bei den Personalkosten –  
Darstellung Entwicklung Personal
- Einzelplan 4 – Unterabschnitt 46070 Haus „Kreuzer“  
Stand der Vermarktung

und erfragte hierzu Erläuterungsbedarf. Es wurden keine Anfragen vorgebracht.

**Frau Nußbeck** informierte weiterhin über eine Falschmeldung des regionalen Rundfunks betreffend der Arbeitszeit der MitarbeiterInnen der Verwaltung. Darin wurde mitgeteilt, dass der Finanzausschuss in seiner heutigen Sitzung vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung über eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden entscheide. Frau Nußbeck erklärte, es sei bekannt, dass die Stadt einen bis

zum 31.10.2010 laufenden Haustarifvertrag habe. Momentan werden in Vorbereitung erneuter Tarifverhandlungen vor Ablauf dieses Haustarifvertrages entsprechende Unterlagen zusammengetragen, was darüber hinaus möglich sei. Erst danach werde über eine Umsetzung entschieden. Ergänzend fügte **Herr Koschig** an, dass diese Meldung zu erheblicher Unruhe innerhalb der Verwaltung geführt habe und eine solche Berichterstattung seitens der Presse befremdlich sei.

Es müsse Aufgabe aller sein, die Außenwahrnehmung der Arbeit des Stadtrates in einem richtigen Licht erscheinen zu lassen, machte **Herr Schönemann** deutlich. In der Vergangenheit sei das nicht immer gelungen. Die Arbeit des Stadtrates und seiner Gremien müsse sach- und problemorientiert durchgeführt werden.

**Herr Eichelberg** betonte, dass diese Form der Berichterstattung gegenüber den MitarbeiterInnen der Verwaltung an Unverschämtheit grenze. Hätte im besagten Fall der örtliche Rundfunksender ausreichend recherchiert, wäre es nicht zu dieser Falschmeldung gekommen. So etwas bringe unnötigerweise Unruhe nicht nur unter die Beschäftigten, sondern auch in den politischen Raum.

**Herr Koschig** erklärte, dass der Pressesprecher der Stadt beauftragt wurde, mit dem verantwortlichen Redakteur ein auswertendes Gespräch zu führen. Im Weiteren ging **Herr Koschig** auf die Ausführungen von Herrn Schönemann ein und verwies darauf, dass die Sitzungen des Stadtrates im Offenen Kanal übertragen werden. D. h., hier werden die Sitzungen mit allen geführten Diskussionen ungeschnitten der Öffentlichkeit zugeführt. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt nehmen sehr intensiv Anteil an den Ratssitzungen und so wie sich der Stadtrat teilweise präsentiere, werde im Wesentlichen die Außenwahrnehmung bestimmt. Insofern liege der Schwerpunkt der Verantwortung für diese Außenwahrnehmung beim Stadtrat selbst.

Weitere Anfragen und Informationen gab es nicht.

#### **4. Öffentliche Beschlussfassungen und Informationen**

##### **4.1. Haushaltssatzung 2009/Haushaltsplan 2009 - bitte Unterlagen Haushaltsplan mitbringen -**

##### **4.1.1. Finanzplan 2008 - 2016**

Herr Koschig erteilte **Frau Nußbeck** das Wort, welche die Stadträte auf die Seite 876, Finanzplan 2008 – 2016, zur Darstellung des Defizits führte und erläuterte, dass im Jahr 2008 ein Defizit in Höhe von 26.535,3 TEUR erreicht wurde. Darin enthalten sei ein laufendes Defizit von 8.541,9 TEUR. Für das Jahr 2010 soll eine Verringerung des Defizits auf 23.628,7 TEUR, darin aber bereits ein positives Ergebnis von 2.906,6 TEUR erreicht werden.

Voraussetzung für diese Prognose seien mehrere Faktoren, so Frau Nußbeck. Dieser Vorschau wurde zugrunde gelegt, dass dem Vermögenshaushalt in 2010 eine „Finanzspritze“ von 13 Mio. EUR zugeführt werde. Diese setze sich aus den Erträgen zweier Haushaltskonsolidierungsvorschläge zusammen:

6,0 Mio. EUR Vermögensveräußerung Straßenbeleuchtungsanlagen  
7,0 Mio. EUR Ergebnis aus Sale-and-Lease-Back bei der DWG.

Im Weiteren nahm **Frau Nußbeck** Bezug auf die Entwicklung der Zinsausgaben und erläuterte, dass diese Ausgaben durch diese Zuführung zum Vermögenshaushalt in den Folgejahren erheblich sinken werden. Dennoch, so Frau Nußbeck, gelinge es momentan nicht, den Haushaltsausgleich bis zum Jahr 2016 vollständig darzustellen. Zwar sei in diesem Jahr bereits ein positives Ergebnis geplant, aber der Vortrag des Defizits aus dem Jahr 2014 in Höhe von 8.007,4 TEUR belaste das Ergebnis negativ. Dieser Betrag sei momentan noch nicht konsolidiert, worauf bei der Ausreichung des Haushaltsplanes 2009 hingewiesen wurde.

Unter Verweis auf den Jahresabschluss 2008 führte **Frau Nußbeck** weiter aus, dieser werde aller Voraussicht nach ein positives Ergebnis ausweisen. Es werde davon ausgegangen, dass das vorgetragene Defizit aus 2014 mit dem Jahresabschluss 2008 kompensiert werden könne. Negativ komme jedoch hinzu, dass in jedem Fall die Steuereinnahmen, möglicherweise schon ab 2010, gravierend sinken werden. Die Prognose der Stadt gehe aber momentan davon aus, dass die Steuereinnahmen bis 2013 noch steigen und erst dann stagnieren. Weiterhin negativ wirken sich die nicht erzielbaren Erträge aus verschiedenen Haushaltskonsolidierungsvorschlägen, die bereits Beschlusslage seien, auf dieses Ergebnis aus. Als Beispiele seien das Anhaltische Theater Dessau, die städtischen Bäder und die Elternbeitragssatzung genannt. Die Gründe hierfür liegen u. a. in nicht eingetretener Gesetzeslage und darin, dass ein Teil der Beschlüsse in der vorgeschlagenen Höhe gar nicht bzw. geändert gefasst wurden. Dies müsse entsprechend korrigiert werden. Momentan, so Frau Nußbeck, werde davon ausgegangen, dass die gesamten Maßnahmen ein Volumen von 2,0 Mio. EUR haben, über die nochmals beraten bzw. die korrigiert werden müssen.

Diese Ausgangslage bedeute, dass die Verwaltung mit der Überarbeitung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes aus objektiven Gründen nochmals neue Maßnahmen einbringen müsse, um diese Entwicklung zu kompensieren, so **Frau Nußbeck**.

**Herr Giese-Rehm** erfragte an Frau Nußbeck gerichtet, wann mit dem Jahresabschluss 2008 gerechnet werde. Darauf entgegnete **Frau Nußbeck**, die Kämmerei sei momentan ausschließlich damit beschäftigt und mit einem Ergebnis werde Anfang März gerechnet.

Im Weiteren erfragte Herr Giese-Rehm, inwieweit bereits eine Entscheidung bezüglich der Vereinheitlichung der Grundsteuer B in den Haushalt mit einfließe. **Frau Wirth** erklärte, dies wurde noch nicht mit berücksichtigt, da die entsprechende gesetzliche Änderung noch nicht vorliege. **Herr Koschig** fügte hinzu, dass Frau Ehlert in der letzten Sitzung des Ausschusses bereits über den Stand berichtete und es diesbezüglich momentan keine Handlungsaktivitäten seitens des Gesetzgebers gebe.

Außerdem bezog sich **Herr Giese-Rehm** auf die auf der Seite 872 gemachten Angaben zu den Leistungen der Jugend- und Sozialhilfe. Hier werde von einer jährlichen Steigerung der Ausgaben in Höhe von 4 % ausgegangen. Herr Giese-Rehm merkte an, dass sich dies in der Gesamtdarstellung des Finanzplanes nicht wieder finde, dort nach seinen Berechnungen eine maximale Steigerung von 1,2 % ab 2010 ausgewiesen sei. **Frau Wirth** erklärte, dass diese Prognose unter dem Aspekt einer längerfristigen Re-

zession und auf die wirkliche Leistung der Jugendhilfe bezogen wurde. **Frau Nußbeck** ergänzte, dass unter Jugendhilfe auch die Kindereinrichtungen fallen, die einen Großteil der Kosten als Personalkosten ausmachen, woraus die Steigerungsrate von 4 % durchaus reell erscheine.

**Herr Ehm** erfragte, ob bereits aus der derzeit laufenden Potentialanalyse durch Rödl & Partner eine erste Prognose bezüglich des zu erwartenden Einsparpotentials möglich sei. **Frau Nußbeck** erklärte unter Bezugnahme auf den Konsolidierungsvorschlag 9006, dass man davon ausgehe, wenn man sich die Aussagen von Rödl & Partner vor Augen führe, dass ein Einsparpotential in Höhe von ca. 15 Mio. EUR erbracht werden müsse.

**Herr Pätzold** merkte an, hinsichtlich des Anteils der Personalkosten am Gesamtvolumen des städtischen Haushaltes sehe er bis zur vollständigen Konsolidierung des Haushaltes gerade in dieser Position noch Handlungsbedarf. Seine eigentliche Frage sei aber, ob die Einführung der Doppik die Finanzplanung beeinflussen könne. **Frau Nußbeck** bejahte dies. In welcher Form, so Frau Nußbeck, bleibe abzuwarten.

Zum Finanzplan wurden keine weiteren Anfragen vorgebracht.

#### **4.1.2. Haushaltskonsolidierungskonzept 2009 und Folgejahre Vorlage: DR/BV/482/2008/II-20**

**Frau Nußbeck** leitete zum Haushaltskonsolidierungskonzept 2009 und Folgejahre über und erläuterte unter Bezugnahme auf den Einsparvorschlag Nr. 0006, dass dieser Vorschlag ab dem Jahr 2011 ohne den Abschluss eines weiteren Tarifvertrages dargestellt sei, da die Entscheidung über einen solchen erst im Jahr 2010 getroffen werde.

Im Weiteren ging Frau Nußbeck auf den Einsparvorschlag Nr. 0007 – Wiederbesetzungssperre – ein. Hier seien keine Beträge dargestellt, da dies immer von den Einzelentscheidungen abhängig sei und in einigen Fällen von der Wiederbesetzungssperre abgesehen werde.

An dieser Stelle erfragte **Frau Ehlert** bezüglich der zur Verfügung gestellten Übersicht der Stellenbesetzungen durch interne und externe Ausschreibungen, inwieweit hierbei die Wiederbesetzungssperre Beachtung fand. Die ausgereichte Übersicht zeigte eindeutige Stellenbesetzungen während der satzungslosen Zeit, die schon aufgrund dessen in den Finanzausschuss zur Entscheidung gehört hätten. Sie kritisierte dieses Vorgehen der Verwaltung und erklärte, dass die Wiederbesetzungssperre nicht eingehalten wurde und eine Aufhebung in Einzelfällen in jedem Fall durch einen entsprechenden Ausschuss hätte entschieden werden müssen.

**Frau Nußbeck** erklärte, dass es keine generelle Wiederbesetzungssperre gebe, sondern nur für einen Jahreszeitraum. Im Übrigen handele es sich bei Stellenbesetzungen um Geschäfte der laufenden Verwaltung, die somit in der Entscheidungshoheit des Oberbürgermeisters liegen.

**Herr Eichelberg** bezog sich ebenfalls auf die Übersicht und erklärte, dass es für ihn durchaus Stellen gebe, die durch eigenes Personal besetzt werden könnten. Es sei rechtzeitig bekannt, zu welchem Zeitpunkt bestimmte MitarbeiterInnen ausscheiden und

diesen Zeitraum könne man nutzen, um in Frage kommendes internes Personal entsprechend zu schulen. **Frau Nußbeck** erklärte, dass zur internen Stellenneubesetzung vorrangig Personal in Frage komme, dessen Stelle weg falle. Momentan gebe es 34 kw-Vermerke vornehmlich im freiwilligen Bereich. Das große Problem sei, dieses Personal innerhalb der Verwaltung einzusetzen, da die vorhandene Ausbildung oft nicht den Anforderungen der zu besetzenden Stellen genüge.

Zu den Ausführungen von **Herrn Schönemann**, die Bildung eines sog. Personalpools betreffend, erklärte **Frau Nußbeck**, dass es diesen Pool bereits gebe und bei neu zu besetzenden Stellen immer erst dort nach geeignetem Personal geschaut werde. Beispielsweise konnten so immerhin 12 MitarbeiterInnen an die ARGE übergeleitet werden.

**Herr Eichelberg** nahm an dieser Stelle Bezug auf neue gesetzliche Regelungen und erfragte, inwieweit bereits geprüft wurde, ob die an die ARGE übergeleiteten Mitarbeiterinnen noch zur Verwaltung der Stadt gehören, da geplant sei, ein eigenes Gebilde mit einem eigenen einheitlichen Tarifvertrag zu schaffen, das sowohl die MitarbeiterInnen der Agentur als auch die der Stadtverwaltung umfasst. **Frau Nußbeck** erklärte, dass es Ziel dieser neuen Regelung sei, eine eigene Einrichtung zu schaffen. Alle MitarbeiterInnen werden dann Angestellte dieser neuen Einrichtung mit einem eigenen Tarifvertrag. Dennoch verbleiben die Personalkosten bei der Stadt, die dann aber als Sachkosten gezahlt werden. Das Personal sei dann aber nicht mehr Bestandteil des Stellenplanes der Stadt.

Im Weiteren erläuterte **Frau Nußbeck** zum Einsparvorschlag Nr. 0008, dass die Beförderungssperre eingehalten werde. Grundsätzlich werde vor jeder Beförderung eine Sperre von 12 Monaten eingehalten.

Der Vorschlag 0030, so **Frau Nußbeck**, beinhalte die zusätzliche Stellenreduzierung zum Stellenplan/Verwaltungsstrukturreform. Erklärtes Ziel der Verwaltung sei, durch Strukturänderungen zusätzlich 120 Stellen einzusparen. Dies beziehe sich nicht nur auf die Einführung der Doppik, sondern auch bspw. auf die Einführung des Zentralen Gebäudemanagements, die Ausgliederung bestimmter Bereiche, die Prüfung der Einführung eines zentralen Finanzmanagements und der Notwendigkeit örtlicher Verwaltungen. Aktuell seien von diesen 120 Stellen bereits 16 Stellen untersetzt.

**Frau Nußbeck** führte zum Einsparvorschlag Nr. 0031 – Reduzierung der Personalausgaben der Stadt Dessau-Roßlau – aus, dass dieser komplett untersetzt sei. Die Einsparung aus diesem Vorschlag betrage 1,2 Mio. EUR im Jahr 2009.

Zum weiteren Vorgehen machte **Frau Nußbeck** den Vorschlag, nur noch die Vorschläge aufzurufen, zu denen es Anfragen bzw. Erläuterungsbedarf gebe. Gegen diesen Vorschlag wurden keine Einwände vorgebracht.

#### Einsparvorschlag Nr. 3001 – Museumspädagogischer Dienst

**Frau Nußbeck** wies darauf hin, momentan werde davon ausgegangen, dass die Einsparung durch die Schließung des Museumspädagogischen Dienstes erbracht werde. Dies sei momentane Beschlusslage.

**Herr Weber** erklärte, dass er an dieser Stelle auf eine Sache ganz besonders eingehen möchte. Die Fraktion Die Linke habe in der zurückliegenden Haushaltsdiskussion immer wieder gesagt, dass über die Personalentwicklung gesprochen werden müsse. Damit könne man alles Mögliche kompensieren. Diesbezüglich weise er darauf hin, so Herr Weber, dass im letzten Jahr von der Verwaltung sehr intensiv und detailliert dargelegt wurde, welche Personalentwicklung vor uns stehe. Dies, wie allen bekannt sei, sei bereits Bestandteil der hier vorliegenden Haushaltskonsolidierung. Er weise ausdrücklich darauf hin, dass jeder, der die Meinung vertrete, dass das Defizit über Personaleinsparungen abzubauen sei, sich dahingehend deutlich erklären müsse, in welchen Bereichen dieser Personalabbau stattfinden solle. Momentan sei die Situation diese, dass aufgrund der Aufgabenfülle ein Personalabbau eigentlich nicht möglich sei. Die MitarbeiterInnen haben immer mehr Schwierigkeiten, mit dem vorhandenen Stundenpotential die anstehenden Aufgaben wahrzunehmen. In der Vergangenheit habe er selbst immer dafür gestanden, dass diese Vollbeschäftigteneinheiten reduziert werden müssen, aber nun habe man eine solide Personalentwicklungsplanung vorliegen. Wer also meine, so **Herr Weber** abschließend, dass die Reduzierung des Haushaltsdefizits auf dem Rücken der MitarbeiterInnen dieser Verwaltung ausgetragen werden solle, um damit Entscheidungen zu anderen teilweise unangenehmen Maßnahmen nicht mittragen zu müssen, der müsse sich den unangenehmen Fragen der Betroffenen in ehrlicher Weise stellen.

#### Einsparvorschlag 3020 – Erhöhung der Eintrittspreise in den Meisterhäusern

**Frau Nußbeck** nahm Bezug auf den Einsparvorschlag und erklärte, dass dieser aufgrund geänderter Beschlussfassung angepasst werden müsse, da die Erhöhung erst zum Oktober 2010 beschlossen wurde.

#### Einsparvorschlag 4038 – Kindertagesstätten

**Frau Nußbeck** erklärte, dass dieser Vorschlag erhebliche Probleme bereiten werde. Momentan müsse eingeschätzt werden, dass er nicht in dem geplanten Zeitraum erfüllt und voraussichtlich erst im Jahr 2010 realisiert werden könne. Derzeit liege noch kein entsprechender Beschlusssentwurf vor und es sei davon auszugehen, dass es im Rahmen der Beteiligung noch Argumente und Vorschläge geben werde, die diese Planung nach unten korrigieren. Dennoch müsse allen klar sein, so Frau Nußbeck, man könne nicht vollständig auf diesen Konsolidierungsvorschlag verzichten.

#### Einsparvorschlag 5004 – Bäder

Dieser Vorschlag werde aufgrund der nicht eingetretenen gesetzlichen Änderung aus dem Konsolidierungskonzept herausgenommen, erklärte **Frau Nußbeck**. Diesbezüglich verwies sie auf den Einsparvorschlag 8001 – DVV GmbH. Dieser Vorschlag sei der Alternativvorschlag zur Nr. 5004, d. h. aus der Perspektivplanung der DVV werden die entsprechenden Gewinne übernommen. Dies bedinge eine Anpassung bezüglich der Vorschläge 8012 – DVG - und 8013 – Flugplatz -, die damit Davon-Positionen seien. Dies werde auf der Grundlage der aktuellen Finanzplanung der DVV übernommen.

#### Einsparvorschlag 8008 – Schaffung einer sinnvollen Rechtsform (Bauhausgebäude)

Momentan, so **Frau Nußbeck**, habe eine Untersuchung aller städtischen, keine Kosten verursachenden Bauhaus-Gebäude stattgefunden. Im Ergebnis sei fraglich, ob die Übertragung dieser Gebäude in eine Stiftung wirtschaftlich sei. Die Untersuchung sei noch nicht abgeschlossen, aber Frau Nußbeck gehe davon aus, dass aus diesem Vorschlag keine wirtschaftlichen Effekte zu erzielen seien.

Einsparvorschlag 9001 –

Sonstige Allg. Finanzwirtschaft, Zuführung zwischen den Haushalten

Bezug nehmend auf die Tilgungsstreckung, so **Frau Nußbeck**, habe es bereits Ausführungen gegeben. Diese wurde in die Finanzplanung bereits integriert. In der Anlage zu diesem Vorschlag habe man dargestellt, wie die Tilgung aussehen würde, wenn keine Tilgungsstreckung vorgenommen werde.

Frau Nußbeck machte abschließend deutlich, dass im Fazit weitere Konsolidierungsvorschläge erforderlich seien. Dies sei auch die Gelegenheit, an dieser Stelle aus den Reihen der Fraktionen zu sagen, wo mögliche weitere Einsparpotentiale gesehen werden.

**Herr Weber** nahm Bezug auf die zurückliegende Haushaltsdiskussion und seine Anfrage die Veräußerung städtischer Wochenendgrundstücke betreffend und erfragte den Arbeitsstand. Diese Anfrage wurde an das zuständige Fachdezernat weitergeleitet, erwiderte **Frau Nußbeck**. Zum aktuellen Arbeitsstand könne sie aber keine Ausführungen machen. Einige der durch Herrn Weber zur Haushaltskonsolidierung gemachten weiteren Vorschläge seien in die Aufgabenstellung für Rödl & Partner aufgenommen worden.

**Herr Bönecke** nahm Bezug auf den Einsparvorschlag 3001 – Schließung des Museumspädagogischen Dienstes. Man habe sich in der Vergangenheit immer wieder für den Erhalt dieser Einrichtung ausgesprochen und diesen Vorschlag immer wieder verschoben.

Er persönlich sehe an einer anderen Stelle ein weitaus größeres Einsparpotential. Um dem mit dem Museumspädagogischen Dienst verbundenen Bildungsauftrag gerecht zu werden, sei das Vorhalten des Museums für Naturkunde in dem derzeitigen wissenschaftlichen Ausmaß seiner Meinung nach nicht erforderlich, sondern man könne darüber nachdenken, das Museum zu schließen, nur noch für Schulklassen vorzuhalten und den Bestand zu pflegen. Sollte es der Stadt zu irgendeinem Zeitpunkt finanziell besser gehen, könne das Museum für die Öffentlichkeit wieder aktiviert werden.

Seine Fraktion werde diesem Vorschlag nicht zustimmen, erklärte **Herr Weber**. Es wurde bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass man in den Bereichen Kultur, Jugend, Soziales und Sport an gewisse Grenzen gestoßen sei. Es müsse ganz klar gesagt werden, dass die zurückgehenden Besucherzahlen des Museums für Naturkunde auch dem geschuldet seien, dass in den vergangenen Jahren in diesem Bereich gespart wurde und die Attraktivität dadurch erheblich gelitten habe. Dies könne nicht der Weg einer Gesellschaft sein, in der man sich einig darüber sei, dass Bildung eine ganz neue und wichtige Rolle spiele.

**Herr Schönemann** lobte an dieser Stelle das Engagement der Beschäftigten in dieser Einrichtung, die es über die Jahre verstanden haben, mit den wenigen zur Verfügung

stehenden Mittel trotzdem eine interessante Arbeit zu leisten. Er gebe dem Oberbürgermeister Recht, dass bezüglich dieser Thematik dringend ein Museumskonzept erforderlich sei, um entsprechende Lösungen zu entwickeln. Seine Fraktion sei nach wie vor Verfechter eines möglichen Kulturbetriebes, was aber nach Entscheidungen verlange.

Weitere Anfragen zum Haushaltskonsolidierungskonzept wurden nicht vorgebracht.

#### **4.1.3. Stellenplan 2009**

**Frau Nußbeck** legte dar, der Stellenplan wise insgesamt 1.455,831 Stellen aus. Im Vergleich zum Vorjahr seien dies 2,674 Stellen mehr. Dieser Stellenaufwuchs basiere insbesondere auf der notwendigen Erweiterung der ARGE für den Bereich Roßlau.

Insgesamt gebe es 58 Stellenzu- und 25 Stellenabgänge. In den 58 Stellenzugängen seien 40 Stellen echte Zugänge und 18,5 Umsetzungen. Von den 40 echten Zugängen entstanden 18 Stellen aus der ARGE aufgrund der Überleitung aus der KOMBA, 2 Stellen entstanden befristet, die an Fördermittel gebunden waren. Dies sei zum einen der Integrationsbeauftragte der Stadt und im Weiteren fördere das Land Absolventen für einen Zeitraum von 2 Jahren und übernehme für diesen Zeitraum auch die Personalkosten. 2 Stellenaufwüchse entstanden aus der Übernahme von 2 Auszubildenden. Weiterhin gebe es 3,3 Stellenzugänge, die aus der Umwandlung von Teilzeit in Vollzeit resultieren, was sich durch Umsetzungen von Mitarbeitern bedinge. 14,75 Stellen seien zusätzlich abgeschlossene Altersteilzeitverträge. Dennoch könne nicht in jedem Fall die entsprechende Stelle wegfallen, wie bspw. in den Kindereinrichtungen aber auch in der Verwaltung.

Weitere Anfragen zum Stellenplan wurden nicht vorgebracht.

Auf die Anfrage von **Herrn Weber**, die Aufgabe des Ämterprinzips betreffend, erklärte **Frau Nußbeck**, zur Thematik sei eine Sondersitzung des Finanzausschusses geplant.

**Frau Nußbeck** informierte abschließend darüber, dass den Stadträten in diesem Jahr erstmals und dann jährlich ein Personalreport übergeben werde, der inhaltlich den Stand der Personalentwicklung widerspiegele. Dies solle aber nicht das Maximum sein. Hinweise für Änderungen bzw. Ergänzungen aus den Fraktionen werden dankbar entgegen genommen.

Es wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

## **6. Schließung der Sitzung**

Herr Koschig beendete die gemeinsame Sitzung.

---

Oberbürgermeister Klemens Koschig  
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Schriftführer